

Presse-Information

Nr. 893

04. September 2008

Heute mit folgenden Themen:

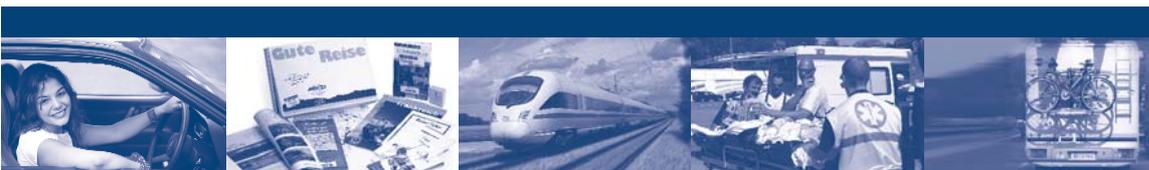
- **Automarkt verharrt auf der Standspur**
- **Tiefensee-Ministerium: Zu Bahnpreiserhöhungen kein Kommentar**
- **Österreich: Zeckenalarm jetzt auch bei Bergwanderungen**
- **Verkehrsminister gegen EU-weit verpflichtende Lkw-Maut**
- **Europäischer Wettbewerb für mehr Straßenverkehrssicherheit**

Automarkt verharrt auf der Standspur

Bad Windsheim (ARCD) – Der heimische Automarkt kommt in diesem Jahr nicht so recht in Schwung. In den ersten acht Monaten 2008 übertraf die Zahl der Pkw-Neuzulassungen das entsprechende Vorjahresergebnis nur um 1,7 Prozent, wie das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) jetzt mitteilte. Mit 214.386 neu zugelassenen Pkw wurden im August sogar 10,4 Prozent weniger Neuwagen zugelassen als im Vergleichsmonat 2007. Gegen den Trend entwickelt sich der Markt der kleinen, sparsamen Fahrzeuge: Sie konnten im August um 18,7 Prozent zulegen, während die Kompaktklasse als stärkstes Segment (27 Prozent Anteil am Gesamtmarkt) 10,4 Prozent einbüßte. Noch härter erwischte es die Sparte der Geländewagen mit einem Minus von 20,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Bis auf Ford (+ 3,1 Prozent) litten alle deutschen Hersteller im August an rückläufigen Neuanmeldequoten. Eine positive Augustbilanz konnten unter den volumenstärksten Auslandsmarken Renault (+ 6 Prozent), Skoda (+ 5,9 Prozent) und Fiat (+ 4,5 Prozent) vorlegen. Der Gebrauchtwagenmarkt fing sich mit 16,2 Prozent weniger An-/Ummeldungen im Vergleich zum Vorjahresmonat ebenfalls eine kräftige Delle ein. Der Trend zu emissionsärmeren Fahrzeugen hält indes an: Inzwischen erfüllten 93,4 Prozent der fabrikneuen Pkw die Emissionseinstufung gemäß Euro4, nur noch 6,2 Prozent der Neufahrzeuge wurden nach der veralteten Euro3-Norm eingestuft. Der durchschnittliche CO₂-Ausstoß aller neu zugelassenen Pkw lag im August bei 163 g/km. **ARCD**

Tiefensee-Ministerium: Zu Bahnpreiserhöhungen kein Kommentar

Bad Windsheim (ARCD) – Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee ist nicht gewillt, wegen der jüngsten Fahrpreiserhöhungen „irgendwie Druck auf die Deutsche Bahn auszuüben“, sagte am Montag eine Sprecherin des Verkehrsministeriums in Berlin. Die Preiserhöhungen seien „wirtschaftsunternehmerische Entscheidungen der DB AG“, dabei enthalte man sich jeden Kommentars. Es gebe dazu von Seiten des Ministeriums keine Meinung. Diese Zurückhaltung der Bundesregierung in ihrer Rolle als Quasi-Eigentümer der Bahn AG lässt nach Ansicht des Auto- und Reiseclubs Deutschland (ARCD) für die Zeit nach der anstehenden

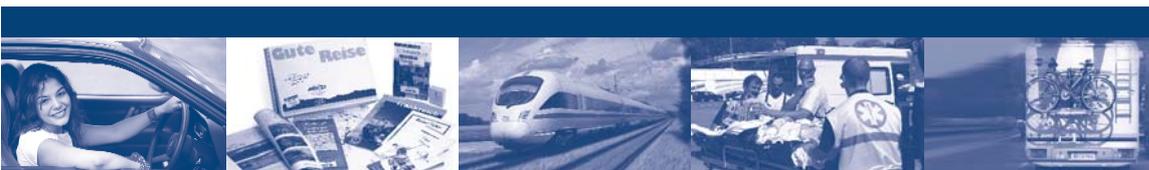


Presse-Information

Bahnprivatisierung nichts Gutes ahnen. Denn dann kann die Bahn AG bei ihrer Preisgestaltung erst recht tun und lassen, was den Renditeerwartungen ihrer Kapitalanleger dient. Die Bahn hatte vor wenigen Tagen mitgeteilt, dass sie ab 14. Dezember 2008 die Tarife für Einzelfahrscheine und Zeitkarten in der 2. Klasse um durchschnittlich 3,9 Prozent und für die Bahncard im Durchschnitt um 3,6 Prozent anhebt. Mit der Begründung, man wolle den Kunden auch künftig in erreichbarer Nähe einen personenbedienten Fahrscheinverkauf bieten, weitet die Deutsche Bahn zudem die bereits bestehenden Bedienzuschläge aus. Wie bislang schon bei Dauer-Spezial und Freizeit-Tickets der Fall, berechnet die DB ab 14.12. auch für das Europa-Spezial fünf Euro Zuschlag beim Kauf im DB Reisezentrum oder über Call-Center. Statt bisher 2,00 Euro Bedienzuschlag wird künftig bei normalen Fernverkehrs-, Sparpreis- sowie Auslandsfahrkarten und bei einer Reihe von Sonderangeboten ein Zuschlag von 2,50 Euro fällig. Dieser Zuschlag gilt pro Einzelfahrkarte, wie der ARCD auf Nachfrage erfuhr. Kauft ein Fahrgast mit oder ohne Beratung am Schalter für eine bestimmte Zugverbindung mehrere Fahrkarten, so ist der Zuschlag für jedes Ticket fällig. Hier sollte die Bahn Kulanz und Augenmaß walten lassen und den Zuschlag für eine bestimmte Zugverbindung mit mehreren Mitfahrern nur einmal kassieren, fordert der ARCD. Der Beratungsaufwand sei schließlich nicht höher als bei einem einzelnen Fahrschein. **ARCD**

Österreich: Zeckenalarm jetzt auch bei Bergwanderungen

Bad Windsheim (ARCD) – Die Saison für Höhenwanderungen in den Alpen beginnt eigentlich erst jetzt. Im Frühherbst herrschen angenehme Temperaturen, und die Fernsicht ist an guten Tagen viel besser als im Sommer. Doch besonders in den österreichischen Alpen droht Zeckengefahr. „Bisher galten Gebiete in über 1.350 m Höhe als zeckenfrei“, erläutert Dr. Thomas Jelinek vom CRM Centrum für Reisemedizin in Düsseldorf. Doch jetzt seien in Vorarlberg vier Menschen an Frühsommer-Meningoenzephalitis (FSME) erkrankt, nachdem sie Rohmilchkäse verzehrt hatten, warnt der Reisemediziner. Die Brotzeitbeilage stammte von zeckeninfizierten Ziegen, die oberhalb von 1.500 Metern gehalten wurden. In Österreich ist das FSME-Virus seit vielen Jahren weit verbreitet; die Gefahr, dort durch einen Zeckenbiss infiziert zu werden, ist groß. In diesem Jahr erkrankten bereits 32 Menschen, die meisten davon in der Steiermark, in Kärnten, Tirol und Oberösterreich. Bei dieser durch Zecken übertragenen Virusinfektion kann es ein bis zwei Wochen nach dem Stich zu einem grippeähnlichen Krankheitsbild kommen. In einem Teil der Fälle folgen nach einem kurzen, beschwerdefreien Intervall Komplikationen am Gehirn (Enzephalitis, Meningitis), die sich in starken Kopfschmerzen, Nackensteifigkeit, Verwirrtheit oder Bewusstseinsverlust äußern und mit Fieber einhergehen. Laut Jelinek haben sich inzwischen über 80 Prozent der Österreicher vorsorglich

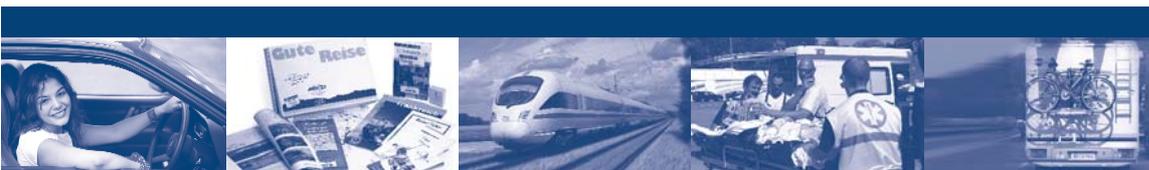


Presse-Information

gegen den FSME-Virus impfen lassen. Gefahr droht im In- und Ausland in allen ausgewiesenen Zeckengebieten auch von der bakteriellen Lyme-Borreliose-Krankheit. Bohrt sich eine infektiöse Zecke in die Haut, können nach einer bis sechs, manchmal auch bis zu zwölf Wochen Inkubationszeit grippale Symptome und eine blaurote, sich z.T. in girlandenförmigen Ringfiguren ausbreitende Hauterscheinung ("Erythema migrans") auftreten. Teilweise kommt es anschließend zu einer Hirn- oder Hirnhautentzündung, einer Herzentzündung oder entzündliche Gelenkveränderungen. Einen Impfschutz gegen die Borreliose gibt es in Europa bisher nicht. Mehr Informationen über die von Zecken übertragenen Krankheiten und wie man sich schützen kann, finden sich auf den Internetseiten www.travelmed.de/zeckenalarm und www.crm.de/zecken. **ARCD**

Verkehrsminister gegen EU-weit verpflichtende Lkw-Maut

Bad Windsheim (ARCD) – Die ersten Diskussionen zur Reform der so genannten Eurovignetten-Richtlinie beim informellen EU-Ministerrat der europäischen Verkehrsminister am 1. und 2. September lassen aus Sicht des Auto- und Reiseclubs Deutschland (ARCD) eine schnelle Einigung unwahrscheinlich erscheinen. Unter Vorsitz des französischen Staatssekretärs für Verkehr, Dominique Bussereau, debattierten die 27 EU-Verkehrsminister in La Rochelle über den Anfang Juli präsentierten EU-Kommissionsvorschlag zur Einbeziehung externer Kosten in den Lkw-Mautpreis nach dem Verursacherprinzip: Lärm-, Stau- und Umweltschäden sollen in Zukunft zur Berechnung der Gebührenhöchstsätze im Güterschwerverkehr herangezogen werden. „Es herrscht Konsens, dass diese Eurovignette fakultativ bleiben soll und die Mitgliedsländer entscheiden können, wofür sie die Einnahmen verwenden wollen“, resümierte Bussereau das Ergebnis der Unterredung. Die EU-Kommission hätte es lieber gesehen, wenn alle Länder in Zukunft verpflichtet wären, zumindest eine minimale Lkw-Maut zu erheben und die Einnahmen zweckgebunden in Verkehrsinfrastrukturen zu investieren. Nur so könne dafür gesorgt werden, dass ein Anteil des Güterverkehrs von der Straße tatsächlich auf andere Verkehrsträger wechselt. Derzeit werden innerhalb der EU rund drei Viertel aller Güter über die Straße transportiert. Mit Ausnahme Spaniens sind sich die Verkehrsminister einig, dass der hohe Dieselpreis kein Vorwand dafür sein darf, die Revision der Eurovignetten-Richtlinie auf die lange Bank zu schieben. Wirklich eilig haben es aber nur Transitländer wie Österreich, Frankreich oder Deutschland. Eine einheitliche wirksame Maut-Regelung in der EU würde laut Berechnungen der EU-Kommission effizientere Transportlösungen fördern, Staus reduzieren, CO2 und Treibstoff einsparen helfen und damit keine Verteuerung der Warenpreise nach sich ziehen. **ARCD**



Presse-Information

Europäischer Wettbewerb für mehr Straßenverkehrssicherheit

Bad Windsheim (ARCD) – Bis zum 24. Oktober läuft der dritte Sommerwettbewerb der europäischen Kommission zum Thema Straßenverkehrssicherheit. Zur Teilnahme berechtigt ist jeder EU-Bürger, die EU-Kommission will aber vor allem Jugendliche als „Reporter für Straßenverkehrssicherheit“ mobilisieren. Beiträge in Form von Texten, Fotos, Interviews oder Videos, die Vorschläge oder Beispiele zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im eigenen Umfeld zum Thema haben, können noch bis 24. Oktober bei der EU-Kommission eingereicht werden. Die fünf besten und innovativsten Arbeiten werden mit Wochenendreisen für zwei Personen nach Barcelona prämiert und in der ersten Ausgabe der neuen EU-Verkehrssicherheits-Magazin „European Road Safety Charter“ veröffentlicht. Die Teilnahmebedingungen finden sich auf www.erscharter.eu/chartercontest im Internet. **ARCD**

